Demokratie in der Berufsbildung – oder: ihre Absicht und Bedeutung

Category: Blog
geschrieben von Niklaus Gerber | 26. September 2026



Das globale Demokratieniveau ist in den letzten Jahren auf den Stand vor der Jahrtausendwende gefallen. Renommierte Forschungsinstitute[1] sprechen von einer «demokratischen Rezession». Mehr als 70% der Weltbevölkerung – das sind rund 5.5 Milliarden Menschen – leben inzwischen in Autokratien[2]. Umsomehr ist es notwendig, die politische Bildung auch an den Berufsfachschulen hochzuhalten und zu fördern.

Demokratiebildung beziehungsweise das Heranführen der Lernenden an die Politik und ihre Wirkungsweise kann beispielweise durch ein 3-Ebenen-Modell erfolgen:

Ebene 1: Demokratisches Interesse frühzeitig wecken

Die politische Identitätsentwicklung findet hauptsächlich zwischen dem 16. und 20. Lebensjahr statt, also während der Ausbildungszeit. Hier gilt es anzusetzen.

Das Interesse am Konstrukt und der Funktionsweise unserer direkten Demokratie sollte idealerweise in der Familie geweckt, im Freundeskreis sowie in den gleichaltrigen Peergroups angereichert, und insbesondere in der Berufsfachschule[3] systematisch erarbeitet und vertieft werden.

Ebene 2: Demokratie lernen und erleben

An der Berufsfachschule wird die Demokratie im ABU behandelt. Dabei kann man von einem Pflicht- und einem Kürprogramm sprechen. Sinnvoll ist es, beide Programmteile in ein Ganzes und damit Nachhaltiges zu verschmelzen. Ein Blick über den schweizerischen Tellerrand hinaus – nach Deutschland und England – zeigt anschliessend, was dort zum Thema Demokratie passiert.



Niklaus Gerber, war bis zu seiner Pensionierung im August 2021 Abteilungsleiter und Mitglied der gibb-Schulleitung und hat sich mit NORDWÄRTS – Kompass für kompetente Führung selbständig gemacht. www.nord-waerts.com

Das Pflichtprogramm resp. der obligatorische Lernstoff

Im Schullehrplan[4] Allgemeinbildung des Kantons Bern – als Beispiel – wird die politische Bildung unter dem Thema «Demokratie und Mitgestaltung» aufgeführt. Dotiert ist der Unterricht mit 18 Lektionen bei der 2-jährigen EBA-Lehre, mit 24 Lektionen bei der 3-jährigen EFZ-Lehre sowie 36 Lektionen bei der 4-jährigen EFZ-Lehre. Er findet in allen Berufsausbildungen im ersten und zweiten Lehrjahr statt. Beim Erreichen des Stimmrechtsalters 18 sind folglich alle Lernenden für Abstimmungen und Wahlen vorbereitet[5].

Das Kürprogramm beziehungsweise die individuelle Methodik-Didaktik

Das Grundwissen rund um die Demokratie sollte mit geeigneten Unterrichtsarrangements erlebt und verwoben werden. Nutzbringend ist dabei, dass jede Lernendenklasse die Gesellschaft widerspiegelt. Das partei-politische Spektrum der jungen Erwachsenen umfasst erfahrungsgemäss Haltungen von links bis rechts. Dieses Abbild gilt es von der Lehrperson auszunutzen. Mögliche und nachhaltige Lernanlässe können folgende sein:

- Vorbereiten auf bevorstehende Abstimmungen und Wahlen, unter anderem in Form von Diskursen[6] innerhalb der Klasse.
- Einladen von politischen Akteuren in den Unterricht unter Wahrung des partei-politischen Gleichgewichts.
- Durchführen übergeordneter Politik-Anlässe wie beispielweise Politwochen kurz vor Abstimmungen und Wahlen. Vorlagen können so weiter in der Breite und Tiefe thematisiert und hinsichtlich ihrer Bedeutung behandelt werden.
- Besuchen der Sessionen der eidgenössischen Räte im Bundeshaus.

Ein bedenkenswerter Blick ins Ausland

Nach Deutschland. – In unserem Nachbarland ist die Demokratieerziehung zu einem wichtigen und drängenden Anliegen[7] geworden. Hintergrund ist der Erfolg radikaler Parteien, allen voran die AfD. Der Zulauf junger Menschen zu dieser Partei wird von der Regierung mit Besorgnis beobachtet. Aus diesem Grund wird beispielweise im Bundesland Thüringen in den Volksschulen seit Anfang 2026 Demokratie gelernt: 15 Minuten pro Woche. Bemerkenswert ist, dass diese «Verfassungsviertelstunde» von allen Lehrpersonen – unabhängig von ihrem Unterrichtsfach – an einer Oberstufen-Klasse unterrichtet wird. Das Bildungsministerium lässt sich dahingehend vernehmen, dass (Zitat)

Demokratisierung keine Zusatzaufgabe, sondern «Kern» des Erziehungsauftrages der Lehrkräfte sei. Die Gesellschaft brauche eine Wertedebatte. Und diese müsse auch in der Schule geführt werden. Inhalt der wöchentlichen Verfassungsviertelstunde sind politikbezogene Themen, die von den Schüllerinnen und Schülern eingebracht werden und einen konkreten Lebensweltbezug haben. Dabei lernen sie, eigene Standpunkte zu vertreten, zu debattieren und andere Meinungen auszuhalten. Letzlich geht es darum, die Jugendlichen dort abzuholen, wo die Demokratie unter Druck steht. Und das scheint in Thüringen der Fall zu sein.



Landtagswahlkampf in Thueringen. Hier Sommerfest der AFD in Soemmerda bei Erfurt.

Nach England. – Viele junge Britinnen und Briten sind seit dem Brexit im Jahr 2020 ausgewandert. Sie wollen sich nicht abfinden mit einer Entscheidung, die ihnen ihre älteren Landsleute eingebrockt haben. Denn während die dortige junge Generation mehrheitlich für den Verbleib in der Europäischen Union gestimmt haben, votierten ihre Eltern und Grosseltern überwiegend für den Austritt. Der Brexit zeigt damit exemplarisch, wie konfliktreich das Verhältnis zwischen Jung und Alt ist. Und er wirft eine Frage auf, die auch für die Schweiz relevant ist;

nämlich ob und wie die junge Generation an Entscheidungen beteiligt ist, die ihre Zukunft betrifft.

Ebene 3: Demokratie mitgestalten durch Teilnahme an Urnengängen

Das Ergebnis aus den Ebenen 1 und 2 soll schliesslich die aktive Mitbestimmung der jungen Menschen an der Urne sein. Bei jedem Urnengang geht es um Zukunftsfragen beziehungsweise Entscheidungen mit grosser Tragweite. So gesehen hat jede Stimme aus der Bevölkerung eine Steuerungsfunktion. Trotzdem leidet unser System an mehreren Schwachstellen:

Niedrige Stimmbeteiligung der jungen Generation

Die durchschnittliche Stimmbeteiligungsquote in der Schweiz liegt seit vielen Jahren – mit Ausnahmen – zwischen 40 und 50 Prozent. Das Interesse an Abstimmungen und Wahlen ist nur bei rund der Hälfte der Stimmberechtigten vorhanden. Problematischer sieht es bei der jungen Bevölkerungsschicht aus. Hier liegt die Beteiligungsquote seit Jahren jeweils 15 bis 20 Prozent unter dem erwähnten Mittelwert; anders gesagt, macht nur jede dritte junge Person vom Recht auf Mitbestimmung Gebrauch. Die Gründe hierzu sind:

- *Hoher Komfortzustand*. – Es geht uns (noch) zu gut. «Nichts ändern, was gut läuft», heisst die Devise. Der hohe Lebensstandard droht uns blind zu machen. Hier braucht es eine Augenöffnung.
- *Fehlender Zukunftsblick*. – Der Fokus der Jung-Erwachsenen ist primär auf das Hier und Jetzt gerichtet. Überlegungen, welche persönlichen Folgen ein Ergebnis an der Urne haben könnte, fehlen. Gezielte Bewusstmachungsarbeit ist deshalb angezeigt.
- *Niedriges Politikinteresse*. – Viele Jungwählerinnen und Jungwähler sind politisch wenig interessiert und nur rudimentär informiert. Doch nur mit entsprechendem Wissen können sich mündige Bürgerinnen und Bürger politisch engagieren. Die Bildungswelt kann hier – wenn auch nur beschränkt – Gegensteuer geben.

Hohes Stimmgewicht der älteren Generation

- *Auswirkung der Alterspyramide*. – Unser Stimm- und Wahlsystem ist in Schieflage. Die gesellschaftlichen Veränderungen haben zu generationenübergreifenden Verwerfungen geführt.

Abstimmungsergebnisse werden zunehmend durch das Wahlgewicht der Bevölkerungsschichten beeinflusst.[8] Hält man sich die Alterspyramide vor Augen, werden die Auswirkungen erkennbar: Die Zukunft der Jüngeren wird stets durch die ältere Generation[9] bestimmt. In den nächsten Jahren wird sich dieser Graben noch stärker als bisher akzentuieren.



Die Zukunft der Jüngeren wird stets durch die ältere Generation bestimmt.

Stimmrechtsalter 16

Die Absenkung auf das Stimmrechtsalter 16[10] würde alle Lernenden und damit die ganze Ausbildungszeit umfassen. Die zahlenmässigen Auswirkungen der zwei neuen Jahrgänge auf ein Abstimmungsergebnis wären allerdings gering, das politische Zeichen an die Adresse der Zukunftsgeneration hingegen gross. Bereits mehrmals wurde dieses Anliegen an der Urne verworfen.

- *Die demografische Situation führt dazu, dass die ältere Generation bei jedem Urnengang die Zukunft der Jüngeren bestimmt. Die latente Gefahr eines Generationenkonflikts ist deshalb nicht auszuschliessen.*

Schlussfolgerung und Massnahmen

Die Demokratie mitzugestalten, verlangt zum einen politisches Engagement aller darin lebenden Menschen. Zum andern braucht es faire Rahmenbedingungen. Beides ist heute nur partiell gegeben:

- Die politische Bildung scheint vom Lektionenumfang[11] her zu klein und schweizweit uneinheitlich zu sein.
- Die Stimmbeteiligung der jüngeren Generation ist definitiv viel zu niedrig.
- Das Stimmrechtsalter 16 wäre ein politisches Zeichen an die Jungen. Quantitativ bringt die Absenkung um zwei Jahre jedoch wenig.
- Die demografische Situation führt dazu, dass die ältere Generation bei jedem Urnengang die Zukunft der Jüngeren bestimmt. Die latente Gefahr eines Generationenkonflikts ist deshalb nicht auszuschliessen.

Dies führt zur Frage, mit welchen Massnahmen eine deutliche Verbesserung erzielt werden kann.

> *Die politische Bildung an den Berufsfachschulen müsste schweizweit vereinheitlicht, mit verbindlichen Standards versehen und insgesamt höher dotiert werden.*

Stärkung und Vereinheitlichung der politischen Bildung

Im Rahmen ihrer Dissertation[12] kommt die Autorin zum Schluss, dass in den einschlägigen Rahmen- und Schullehrplänen der Allgemeinbildung politische Bildung enthalten sei. Allerdings präsentiere sich schweizweit ein äusserst heterogenes Bild in Bezug auf Qualität und Quantität. Grösstenteils würden konkrete Richt- und Lernziele für den politischen Unterricht fehlen. Die Zielformulierungen für das Erreichen nachhaltiger Kenntnisse und Fertigkeiten seien uneinheitlich, mehrheitlich unpräzis und mit wenig Stringenz. Insgesamt finde sich in der Mehrzahl der Lehrpläne kaum Bestrebungen, das politische Interesse der jungen Erwachsenen zu wecken. Die Einführung verbindlicher Standards in Bezug auf Inhalt und Umfang sei daher dringend angezeigt. Kurz: Die politische Bildung an den Berufsfachschulen müsste schweizweit vereinheitlicht, mit verbindlichen Standards versehen und insgesamt höher dotiert werden.

Korrekturmöglichkeiten rund um das Stimmrecht

Mit Blick auf die Grundproblematik des zu niedrigen Stimmgewichts künftiger Generationen wird die berufsschulische Bildung allein nicht ausreichen. Es braucht eine tiefergreifendere Reform, um den Alters-Graben zwischen den Generationen auszugleichen. Die Ideen[13] und Gedankenspiele sehen wie folgt aus:

- *Stimmrechtsalter Null*. – Jedes Kind erhält bei Geburt eine Stimme. Damit wird die Gesamtzahl der jungen Menschen erhöht.
- *Stimmgewichtsverschiebung*. – Zum Beispiel müssten die Stimm- und Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 45 Jahren ein zweifaches Gewicht erhalten, solche ab 46 Jahren und bis zur Pensionierung ein anderthalbfaches, und Pensionierte würden das bisherige einfache Stimmgewicht behalten.
- *Stimmrechtsermöglichung.* – Lernende mit Migrationshintergrund sollten stimmberechtigt sein.
- *Stimmzwang*. – Das Beispiel des Kantons Schaffhausen zeigt, dass die Stimmbeteiligung deutlich höher liegt als in der übrigen Schweiz. Allerdings ist der Stimmzwang umstritten.

Es ist zu hoffen, dass es früher oder später zu einer Umverteilung und Anpassung kommen wird. Nur auf diese Weise liesse sich das heutige System aufrichten und korrigieren[14].

Fazit

In unserer direkten Demokratie spielt die Politik eine zentrale Rolle. Von den Menschen – den Bürgerinnen und Bürgern – braucht es politische Kompetenz, um bei zukunftsgerichteten Vorlagen mit Auswirkungen auf die Ökologie, das ökonomische System und das Soziale an der Urne mitzubestimmen. Berufsfachschulen leisten hierzu – an der Nahtstelle zur Mündigkeit – einen wichtigen Bildungsauftrag; darunter das Ziel, die Stimmabstinenz zu verringern und die Demokratie aktiv mitzugestalten. Gleichzeitig müssten die politischen Systembedingungen für die erwünschte und stärkere Mitbestimmung beachtet werden.

[1] Quellen: (1) V-Dem Institut der Universität Göteborg, (2) Economist Intelligence Unit Democracy Index.

[2] In Autokratien liegt die gesamte Macht bei einzelnen Personen oder einer

kleinen Gruppe. Zu den Formen zählen Diktaturen, Totalitäre Systeme, autoritäre Regime (Nationalsozialismus 1933-45, DDR 1949-90, aktuell China, Nordkorea etc.).

[3] In der Schweiz absolvieren fast zwei Drittel der Jugendlichen eine Berufslehre. Das sind jährlich rund 65‘000 junge Menschen, die sich auf den Weg in Richtung einer zwei-, drei- oder vierjährigen Lehre machen. Quelle: Bundesamt für Statistik, Berufliche Grundbildung. Total Lehrverhältnisse über alle Berufe und Lehrjahre im 2024: 212’274. Davon ca. 95% mit einer EFZ-Lehre und ca. 5% mit einer EBA-Ausbildung.
Quelle: Berufliche Grundbildung – Lehrverhältnisse | Bundesamt für Statistik – BFS

[4] Basis bildet der übergeordnete, nationale Rahmenlehrplan Allgemeinbildung, an dem sich die einzelnen Schullehrpläne orientieren.

[5] Im Kanton Glarus – einer der 26 Schweizerkantone – gilt bereits das Stimm- und Wahlrechtsalter 16 für Vorlagen auf Gemeinde- und Kantons-Ebene, nicht jedoch für Eidgenössische Vorlagen.

[6] Schmidt, H., ehemaliger Bundeskanzler Deutschland: «Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine.»

[7] Quelle: DIE ZEIT, Nr. 23, 21. Mai 2026. Die Verfassungsviertelstunde.

[8] Bundesamt für Statistik, https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/stand-entwicklung/alter.html

[9] Die steigende Lebenserwartung und die niedrigen Geburtenzahlen sorgen dafür, dass der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung stetig steigt. Damit erhöht sich der politische Einfluss. Die Schweiz ist damit auf dem Weg zu einer Gerontokratie – der Herrschaft der Alten.

[10] Stimmrechtsalter 16 – Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ und «Stimmrechtsalter 16 ist gut – ein höheres Stimmgewicht für die Jungen bringt mehr» unter https://www.nord-waerts.com/denkmomente-arbeitswelt-management-und-politik/#TextankerPL5

[11] Gestützt auf den neuen Rahmenlehrplan ABU 2030 sind die kantonalen ABU-Lehrpläne am Entstehen. Das Thema «Demokratie und Mitgestaltung» wird ev. durch «Meine Meinung einbringen» ersetzt. Der bisherige Lektionenumfang bei den EBA- und EFZ-Ausbildungen wird vermutlich leicht erhöht.

[12] Koller, D., Dissertation zu «Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz – Eine empirische Untersuchung des Partizipations-verhaltens junger Erwachsener in der Schweiz», (2017) und Partizipation junger Menschen nach Bildungsniveau: Flyer_Layout_DE.indd

[13] Die Idee, das Stimm- und Wahlrecht im höheren Alter aufzuheben, stellt meines Erachtens keine Option dar.

[14] Gerber N., 2024, https://condorcet.ch/2024/06/die-letzte-generation-anmassung-oder-zukunftsaussichten/